Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 144 Halle a. S., Freitag den 23. Juni 1899. 10. Jahrg.

Der dritte Tag.

Das Schicksal der Zuchthausvorlage wird heute entschieden. Das Zentrum wird wahrscheinlich mit den Konservativen für Kommissionsberatung stimmen. Alle anderen Parteien sind dagegen für sofortige Verwerfung der ganzen Vorlage. Die Haltung des Zentrums ist offenbar von dem Wunsche geleitet, uns während der Sommermonate die Möglichkeit zu nehmen, seinen etwa geplanten Verrat — denn auch diesmal ist der Umfall des Zentrums durchaus nicht ausgeschlossen — auszunützen. Auf welche Seite sich heute bei der Abstimmung das Zünglein neigen wird, ist bei der Unsicherheit der Besetzung des Hauses nicht voraus zu sagen.

* * *

Der Reichstag hatte am Mittwoch zwischen die Beratung der Zuchthausvorlage die Beratung des Nachtragsetats über die Karolinenabtretung eingeschoben. Die Vorlage, oder vielmehr die vier Vorlagen entfesselten eine längere Beratung, von der man indessen nicht behaupten kann, daß sie auf der „Höhe der Zeit" stand. Herr von Bülow ist ein flotter Redner, der geborene Festredner, wie man im Hause wohl nicht mit Unrecht behauptet. Die Zustimmung, welche die Redner der meisten Parteien dem Zuwachs des Reiches an Land und Leuten zu teil werden ließen, wies die verschiedensten Nuancen auf: von dem einem heiteren, einem nassen Auge, mit dem Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung die Erwerbung der interessanten Inseln begrüßte, bis zur bekannten Hurrastimmung der Kolonialschwärmer Hasse und Graf Arnim. Wir wollen nicht verfehlen, zu bemerken, daß auf dieser Stufenleiter der Empfindungen die Vollblutagrarier Dr. Rösicke-Kaisserslautern und Graf Kanitz dem Abg. Schrader näher als dem Grafen Arnim standen. Die bürgerliche Opposition kam in dem Abg. Wiemer zum Worte, den prinzipiell ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion brachte in trefflicher Weise Abg. Liebknecht zum Ausdruck.

Als die Karolinenaffaire in erster und zweiter Lesung abgethan war, kam aufs neue die Zuchthausvorlage an die Reihe.

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete Graf Posadowsky. Seine Verteidigung der Vorlage war heute wenn möglich noch schwächer, als gestern: mit dem hübschen Geschichtchen von den Kindern der Arbeitswilligen, die für die Sünden ihrer Väter büßen müssen, hat er seine hervorragende Begabung für die Mitarbeiterschaft am Kladderadatsch und Simplicissimus bewiesen. Herr Handelsminister Brefeld plauderte in der treuherzigsten Weise aus, daß es sich beim § 8 des Gesetzes um ein kleines Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter handle. Während Posadowsky noch blutend von den Wunden, die er sich gestern geholt, sich wesentlich auf die Defensive beschränkte, glaubte Herr Brefeld offensiv vorgehen zu dürfen: er geriet bei dieser Gelegenheit mit dem Präsidenten zusammen, der ihm unter lauten Beifall der Linken eine recht derbe Rüge zu teil werden ließ. Der sächsische Geheimrat Fischer suchte einmal wieder Mohrenwäsche an der sächsischen Justiz vorzunehmen; Gegenliebe fand er damit nicht; große Heiterkeit erregte es, als er sich als eifrigster Leser des Vorwärts vorstellte. — Aus dem Hause kamen nur Gegner der Vorlage zum Worte. Abg. Rösicke-Dessau brachte die Demnhausener Rede zur Sprache; gegen ihn richtete sich Herrn Brefelds schärfster Angriff. Scharf und schneidig sprach der süddeutsche Demokrat Haußmann, der gleich hinter Brefeld zum Worte kam; auch er hatte ein kleines Renkontre mit dem Grafen Ballestrem — letzterer erklärte unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, daß er weder eine bei noch eine abfällige Kritik seiner Geschäftsführung wünsche. Der Pole Czarlinsky und der Elsässer Winterer sprachen kurz gegen die Vorlage. Um 5½ Uhr ward die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom Mittwoch, den 21. Juni 1899, vormittags 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky, von Bülow, Freiherr von Thielmann.

Eingegangen ist die Vertagungsvorlage, durch die der Reichstag bis zum 14. November vertagt wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der dritten Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Die Kommission, an die es am Montag verwiesen worden war, empfiehlt unveränderte Annahme nach den Beschlüssen der zweiten Lesung. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Beratung des zweiten Nachtragsetats betreffend Abtretung der Karolinen, Palau- und Marianen-Inseln an Deutschland, in Verbindung mit dem Nachtrag zu dem Kolonialetat, dem Anleihegesetz aus dem Handelsabkommen mit Spanien. Als Entschädigung an Spanien für die Abtretung der Inseln werden 16750000 Mark gefordert und als Zuschuß zur Bestreitung der Ausgaben für die Verwaltung der Inseln 465000 Mark.

Staatssekretär **von Bülow**: Durch die Erwerbung der Karolinen, Marianen- und Palauinseln wird unser Besitz in der Südsee zu einem zusammenhängenden Ganzen gemacht. Dazu kommt, daß Handel und Verkehr auf jenen Inseln fast ausschließlich in den Händen der deutschen Zaluit-Gesellschaft liegen. Ich will hier nicht an die kühne Seglerin Phantasie appellieren, aber es muß gesagt werden, daß in unserem Besitztum dort Keime vorhanden sind, die weiterer Entwickelung fähig sind. Von besonderer Wichtigkeit sind die dort vorhandenen vorzüglichen Häfen und Ankerplätze. Die Bevölkerung soll dort sehr gutartig sein, wir werden mit ihr sehr human vorgehen eingedenk unserer höheren Kultur und christlichen Gesittung. — Ich komme jetzt zu dem Punkt, wo die Gemütlichkeit aufzuhören pflegt, zu dem Kostenpunkt. Umsonst waren die Inseln wirklich nicht zu haben (Heiterkeit), doch glaube ich versichern zu können, daß wir sie preisweit erhalten haben. Amerika hat 10 Millionen Dollars für die Karolinen geboten. Für Spanien waren die Inseln Bruchstücke eines eingestürzten Baues, bei uns sind sie Grundstücke eines neuen und, so Gott will, hoffnungsvollen Gebäudes. (Beifall.)

Abg. **Lieber** (Ztr.): Meine politischen Freunde sind bereit, die zur Erwerbung der Karolinen notwendigen Mittel zu bewilligen. Allerdings wird eine schwere, hingebende Arbeit der Deutschen notwendig sein, damit die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär hier ausgesprochen hat, sich erfüllen. Den Preis halten wir für angemessen. Der Thätigkeit der deutschen Missionsgesellschaften in dem neu erworbenen Gebiete werden hoffentlich keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir halten eine Kommissionsberatung in diesem Falle nicht für geboten und haben nichts dagegen, wenn diesmal ausnahmsweise die zweite und dritte Beratung gleich im Plenum vorgenommen werden. Uebrigens sind wir für die vorläufige Aufrechterhaltung des Meistbegünstigungsverhältnisses mit Spanien, doch so, daß uns nach Ablauf des Handelsvertrags volle Freiheit bleibt.

Staatssekretär Freiherr **von Richthofen** erwidert, die Meistbegünstigung solle Spanien ein halbes Jahr über die Dauer der Handelsverträge behalten, dann werde es nach den Sätzen des neuen Zolltarifs behandelt werden.

Abg. **Hasse** (nat.-lib.) erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Lieber einverstanden.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.) schließt sich der Ansicht des Abg. Lieber bezüglich des Meistbegünstigungsverhältnisses an.

Abg. Dr. **Wiemer** (Frs. Vp.): Die Erwerbung der Südseeinseln scheint uns das Muster für die Kolonialpolitik zu sein, wie sie nicht sein soll. Die Bevölkerung der Inseln besteht aus Spitzbuben, Räubern und anderen Personen, und diese sind mit 17 Millionen Mark wirklich zu teuer bezahlt. Fürst Bismarck hat schon die Karolinen eine Kuriosität genannt, wegen deren ein Krieg mit Spanien nicht lohne. Wir halten also diese neue Erwerbung für überflüssig und unnötig. (Beifall links.)

Staatssekretär **v. Bülow**: Der Herr Vorredner kennt die Inseln ebenso wenig wie ich. Die Schilderungen der Augenzeugen lauten ganz anders wie die seinige. Die auswärtige Politik kann nicht lediglich nach Grundsätzen von Adam Riese geleitet werden. Die jetzt so blühenden australischen Kolonien sind aus der Ansiedlung von Deportierten (Große Heiterkeit), verzeihen Sie, von Deportierten entstanden. Noch unsere Enkelkinder werden sich unseres schönen Südsee-Besitzes freuen. (Großer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) spricht seine Freude über den Erwerb der Karolinen aus.

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Es ist heute nicht der Tag, ausführlich auf die Kolonialpolitik einzugehen. So wie sie hier in Deutschland betrieben wird, müssen wir sie prinzipiell verwerfen und bekämpfen. Was ist denn unsere ganze Kolonialpolitik, was ist unser ganzer Kolonialbesitz? Splitter, nichts als Splitter, wie ich schon dem Fürsten Bismarck gegenüber ausgeführt habe. Wie steht es denn mit Samoa, wie steht's mit unserem Stückchen China? Haben wir denn aus unseren afrikanischen Kolonien etwas anderes heimgetragen, als Schmach und Schande? (Widerspruch rechts.)

Nun zu den Karolinen. Nach der Denkschrift über dieselben — die allerdings immerhin besser ist als die Denkschrift, die uns gestern beschäftigte — ist ihr Wert gleich Null. Die Spanier sind sicher nicht die Betrogenen bei dem Kaufe. — Das Klima auf den Inseln soll gut sein; es würde sich vielleicht empfehlen, dort ein Sanatorium einzurichten. Allein so etwas ersetzt unsere Kolonialpolitik nicht; bei der handelt sich's nur um Flottenstationen. Man will uns dem Chauvinismus zu Wasser in die Arme treiben (Sehr richtig! links) — eine um so verhängnisvollere Politik, als kein Staat der Welt, weder England noch Deutschland, zugleich Land- und Seemacht sein kann. Das Wort: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser, ist thöricht; Deutschlands Zukunft liegt im eigenen Lande, würde es richtig heißen. (Sehr wahr! links.) Aber wie steht es denn mit der Freiheit im Lande. Das Zuchthausgesetz, das uns ja jetzt beschäftigt, giebt die Antwort darauf. Daß wir, die wir zu Hause von dem ersten besten Polizisten arretiert werden können, draußen auf Eroberungen ausziehen, das ist, was unsere Kolonialpolitik lächerlich und verächtlich macht. (Zustimmung links. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß die Kolonialpolitik der deutschen Regierungen lächerlich und verächtlich ist. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Ich habe nicht gesagt, die deutsche Kolonialpolitik ist lächerlich und verächtlich, sondern macht uns lächerlich und verächtlich. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Abg. **Liebknecht** (Soz., fortfahrend): Was hat bisher das Deutsche Reich in seinen Kolonien für die Kultur gethan. Da sind die Wehlan und die Leist, die ihren Namen an den Schandpfahl der Geschichte geheftet haben. Der Engländer darf sich überall als Civis Romanus fühlen, er darf stolz sein Haus als seine Burg bezeichnen; der Deutsche aber muß demütig sagen: mein Haus, das ist das Zuchthaus. (Zustimmung links. Lachen rechts.) Man vergleicht häufig unsere Zeiten mit der römischen Kaiserzeit: Der Vergleich fällt eher zum Nach-, als zum Vorteil unserer Zeit aus. Die Majestätsbeleidigungsprozesse sind die gleichen geblieben; aber während die römischen Cäsaren für Brot und Spiele sorgten, verteuert das Deutsche Reich dem Armen das Brot. Auch diese Vorlage gehört zur Signatur des heutigen Deutschlands, des Deutschlands des Zuchthausfuries. (Lachen rechts. Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Paasche** (natl.) spricht seine Befriedigung über die Vorlage aus und hofft, daß die Interessenten der deutschen Industrie bei dem nächsten Handelsvertrage mit Spanien besser gewahrt werden als bei dem vorigen.

Abg. **Schrader** (Freis. Verg.) ist trotz einiger Bedenken für die Vorlage.

Abg. **Deinhardt** (natl.) befürchtet Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Konkurrenz der spanischen Weine.

Abg. Dr. **Rösicke**-Kaiserslautern (B. d. L.) teilt die Befürchtung des Abg. Deinhardt.

Unterstaatssekretär **v. Richthofen** tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen.

Abg. Dr. **Lieber** (Z.) fragt, ob den Jesuiten die Missionsthätigkeit auf den neuerworbenen Inseln gestattet sei.

Staatssekretär **v. Bülow** bejaht die Frage.

Hiermit schließt die erste Lesung. In der sich unmittelbar daran anschließenden zweiten Lesung werden die 4 Vorlagen und der Nachtragsetat genehmigt.

Hierauf wird die erste Beratung der **Zuchthausvorlage** fortgesetzt.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Meine Herren, einigen der gestern gefallenen Aeußerungen sehe ich mich veranlaßt entgegenzutreten. Als zuerst bekannt wurde, daß ein Gesetz, wie das vorliegende eingebracht werden würde, wurde bis tief in die demokratische Presse hinein die Notwendigkeit anerkannt, gewissen Ausschreitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten. (Widerspruch links.) Seitdem ist der Barometerstand diesem Gesetze gegenüber bedeutend gesunken. (Zuruf: Allerdings.) Gegenüber manchen gefrorenen Ausführungen will ich feststellen, wie das Gesetz zu stande gekommen ist. (Zuruf: Oeynhausen.) Gegenüber dem Herrn Lenzmann, sowie, um jeder Legendenbildung entgegenzutreten, will ich konstatieren, daß das Reichs-Justizamt mit voller Gleichberechtigung an der Vorlage mitgearbeitet hat, und das Gesetz in dieser Fassung von allen Regierungen beschlossen worden ist. (Hört, hört!)

Von der Denkschrift hat schon Herr Nieberding gesagt, daß sie nicht sowohl die einzelnen Paragraphen beweisen, als vielmehr ein anschauliches Bild von den Arbeiterkämpfen geben soll. (Zuruf links: Und was für eins!) Daß wir uns, was man uns zum Vorwurf gemacht hat, vorwiegend bei Staatsanwälten, Polizeibehörden und so weiter informiert haben, hat seinen guten Grund: wir fragten die unparteiischen Organe des Staates. (Stürmische Heiterkeit.) Es wird den deutschen Abgeordneten im Auslande nicht schmeichelhaft ausgelegt werden, daß sie die Unparteilichkeit der heimischen Behörden in gehässiger Weise in Zweifel ziehen. Ich selbst wünsche, daß die Gesetze auf die Unternehmer in der gleichen Weise angewandt werden, wie auf die Arbeiter. (Zuruf: Geschieht aber nicht!)

Man hat die Richtigkeit der Statistik in Frage gezogen, die wir in Bezug auf die Streikvergehen aufgestellt haben. Ich möchte Ihnen ein neues Beispiel von dem Terrorismus der Arbeiter geben. Ein sehr angesehener Mann schreibt mir, daß in einer Stadt die Kinder der Arbeitswilligen von den Kindern der Streitenden mißhandelt werden, so daß die Eltern der ersteren gezwungen sind, auch die Arbeit niederzulegen: bloß um ihre Kinder zu schützen. (Schallende, langanhaltende Heiterkeit. Zuruf: Wo ist denn das?) Ja, das kann ich Ihnen erst sagen, wenn ich meine Recherchen angestellt habe. (Erneute Heiterkeit.)

Unberechtigt war der Angriff des Herrn Bebel auf die Regierung wegen der Anwendbarkeit des § 153 auf die Unternehmer. Die Regierung war stets der Meinung, daß der § auf die Unternehmer anwendbar sei. Auch die Behauptung, daß im Jahre 1891 die Sozialdemokraten eben die Mittel, die das Gesetz unter Strafe stellen will, für verwerflich hielten, muß ich aufrecht erhalten.

Die schwarzen Listen sind völlig identisch mit dem Boykott. Auch ich halte sie für bedauerlich, weil sie häufig den Unschuldigen mit dem Schuldigen treffen. Aber wir können die schwarzen Listen nur verbieten, wenn wir gleichzeitig den Boykott verbieten.

Uebrigens waren die Ausführungen von einem Teil der Redner eigentlich für die Vorlage. (Zuruf: Jawohl, von Arendt.) Die Herren sprachen von dem Unternehmer-Terrorismus wie er durch Syndikate u. s. w. ausgeübt wird. Ja, diesen Terrorismus wollen wir ja gerade treffen. (Lachen links.)

Ich verstehe nicht, daß man gerade von der Linken dem Gesetze solche Opposition macht. Es handelt sich doch nur um einen Schutz der persönlichen Freiheit. Sie dürfen nicht vergessen, daß ein Streik immer nur von wenigen Personen proklamiert wird; ihrem Willen sollen sich dann die andern einfach fügen. Wir wollen bloß die persönliche Beschränkung von Ausschreitungen wie sie bei Ausständen vorkommen. Lehnen Sie diese Vorsichtsmaßregel ab, so kommen wir zu einer bedauerlichen Zerklüftung der Gesellschaft in zwei Heerlager. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. **Rösicke** (wildlib.): Ich habe von vornherein nur ungünstige Urteile über die Vorlage gehört. Ich habe auch geglaubt, daß wenigstens ein Teil der Verbündeten Regierungen eine bessere Meinung von dem deutschen Volke gehabt hätte. Das ist nun leider nicht der Fall. Auch die günstige Meinung, die der Abg. Lenzmann von dem Reichsjustizamt hegte, ist leider nicht zutreffend. Diese Vorlage ist nicht nur ein Schlag gegen das Koalitionsrecht, sondern auch gegen den Reichstag, der so oft die Ausdehnung jener Rechte gefordert hat. Das die jetzigen Machtmittel des Staates zur Bestrafung jener „Mißbräuche" vollkommen ausreichen, das beweisen die ungemein harten Urteile der Gerichte, namentlich der sächsischen. Wahrhaft erfreulich war da das neulich Urteil des Berliner Landgerichts, das festgestellt hat, daß das sächsische Oberverwaltungsgericht sich wiederholt dahin ausgesprochen hat, daß die Arbeiter minderen Rechts seien. Zur Begründung dieser Vorlage ist nichts beigebracht worden. Wenn sich wirklich Schulkinder einmal geprügelt haben, so wird ihnen das ebensowenig nachteilig gewesen sein, wie uns in unserer Jugend. Die Denkschrift ist eben aus Material zusammengestellt, das Polizeibeamte und Staatsanwälte ausgewählt. Warum hat sich der Staatssekretär nicht an die Arbeiter und ihre Vertreter gewandt? Den Terrorismus der Arbeitgeber mußte man doch ebenso hart beurteilen. Hier in Berlin sind jetzt eine große Zahl Maurer ausgesperrt, die mit dem Streik gar nichts zu thun hatten. Die Arbeiter haben niemals Schutz gegen den Terrorismus von Arbeitern gefordert, die Arbeitgeber haben das Verlangen gestellt. Der Kaiser hat keine Rede gehalten auf Grund dessen, was ihm aus den Eingaben von Arbeitgebern berichtet war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990623-18/fragment/page=0001

Präs. Graf **Ballestrem:** Ich bitte den Redner unbeglaubigte Aeußerungen des Monarchen nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen.

Abg. **Rösicke:** Diese Rede hat im Staats-Anzeiger gestanden.

Präsident: Dann ist das etwas anderes. (Heiterkeit.)

Abg. **Rösicke:** Hätten die Räte des Monarchen ihre Schuldigkeit gethan, so hätten sie ihm berichten müssen, daß die Arbeiter ganz anderer Meinung sind als die Unternehmer. Dann wäre uns die zweite Rede — die auch im Reichs-Anzeiger steht — und die Vorlage erspart geblieben. Ich für meine Person würde mich schämen, einem Reichstage anzugehören, der eine solche Vorlage annimmt. (Bravo!) Ich hoffe aber, es geschieht nicht; die Vorlage wird vielleicht noch beseitigt, ehe noch das 19. Jahrhundert zu Grabe getragen ist. (Großer Beifall! links.)

Preußischer Handelsminister **Brefeld:** Der Vorredner hat den deutschen Kaiser in die Debatte gezogen. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß es parlamentarischer Gebrauch in allen konstitutionellen und monarchischen Staaten ist, die Person des Monarchen nicht in die Erörterungen zu ziehen (Unruhe links). Für alle Regierungshandlungen des Monarchen steht der Reichskanzler ein, an ihn haben Sie sich zu wenden, wenn Sie etwas kritisieren wollen. (Oho! links und große Unruhe). Was die Vorlage angeht, so hat schon 1891 Herr v. Berlepsch ausdrücklich hervorgehoben, als der Reichstag bei der Novelle zur Gewerbeordnung eine Verschärfung des § 153 ablehnte, daß weitere Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung schon dazu führen würden, den damals abgelehnten Weg zu beschreiten. Diese Voraussetzung hat sich als richtig erwiesen. Die Denkschrift beweist, daß die Zahl der Arbeitseinstellungen und Ausschreitungen sich seit 1891 vermehrt hat. Man hat gefragt, warum die Gewerbeinspektoren nicht um Auskunft ersucht sind. Woher wissen Sie, daß das nicht geschehen ist? (Abg. Rich. **Fischer:** Weil in den Berichten der Fabrikinspektoren das Gegenteil steht, wie in der Denkschrift. Heiterkeit. (Glocke des Präsidenten).

Präsident Graf **Ballestrem:** Lassen Sie doch die Zwischenrufe und Privatgespräche. Wir kommen ja sonst nie zu Ende. (Große Heiterkeit).

Minister **Brefeld:** Ich erinnere an die Arbeiterausstände 1892 und 1893 im Ruhr- und Saarrevier. Diese Ausschreitungen sind als Kindereien bezeichnet worden. Wie wurde aber im Saarrevier der Ausstand inszeniert? Besondere Boten eilten von Grube zu Grube. 42 000 Arbeiter legten dann an einem Tage ohne Kündigung mit Kontraktbruch die Arbeit nieder. Die Ausständigen bedrohten die Arbeitgeber und ihre Angestellten, die Arbeitswilligen wurden mit Steinwürfen verfolgt, gepriügelt, es wurde auf sie geschossen, die Streikenden drangen in ihre Häuser und bedrohten ihre Angehörigen. Dynamitanschläge wurden versucht (Große Unruhe und Gelächter links. Rufe: hu! hu! Abg. Singer: Ist das nicht heute schon strafbar?)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abg. Singer, ich bitte nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit).

Minister **Brefeld:** Sind das Kindereien? In einer gedruckten Aufforderung der damaligen Führer heißt es: Erkenne nun Deine Macht, Bergmann! (Mit erhobener Stimme): Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. (Große Heiterkeit links.) Glücklicherweise hatten sich die Werke auf drei Wochen mit Kohlen versehen, weil sie den Streik voraussahnten. Im Ruhrrevier wurde ein Sympathiestreik inszeniert, zu dem ebenso wenig Ursache vorhanden war. Auch dort sind Ausschreitungen der schlimmsten Art vorgekommen. Vergegenwärtigen Sie sich doch einmal, was es heißt, wenn in zwei bedeutenden Revieren die Kohlenförderung thatsächlich ruht, und dann bestreiten Sie, daß hier eine gemeine Gesahr vorliegt! Wir haben ähnliche Fälle bei uns ja nicht erlebt. (Ruf links: Na eben! Heiterkeit.) Denken Sie an den amerikanischen Eisenbahnarbeiterstreik von 1894! Zu derartigem dürfen wir es nicht kommen lassen. Und da wollen Sie sich nicht einmal zu einer Kommissionsberatung verstehen? (Lachen links) Ich wundere mich, daß die Regierung keine größere Unterstützung findet. (Großes Gelächter links.) Sämtliche Ordnungsparteien sollten darin einig sein, daß die Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung in den §§ 1 und 2 der Vorlage durchaus rationell ist. Der § 153 der Gewerbeordnung trifft nur den, der zu Beitritt zwingt, und den der vom Rücktritt abhält. Er trifft aber nicht den, der am Beitritt hindert und zum Rücktritt zwingt. Die vorgeschlagene Umgestaltung ist also logisch notwendig. Auch beim zweiten Teil handelt es sich um ein billiges und verständiges Verlangen. (Lachen links.) Der § 8, an dem man so viel Anstoß erregt, bringt nur ein durchaus gesundes Prinzip zum Ausdruck. Ueber Einzelheiten können wir ja noch in der Kommission sprechen. Eine glatte Ablehnung ist ja einfach unmöglich. (Große Heiterkeit.) Wenn Lücken vorhanden sind, so sagen Sie es doch, stellen Sie doch Anträge. (Viele Zwischenrufe.) Daß die Arbeiter in der Praxis mehr getroffen werden, als die Unternehmer, das liegt in der Natur der Verhältnisse. (Ört! hört!) Den Arbeitgeber verwahrt seine bessere Lebenslage vor Ausschreitungen; bei den Arbeitern kommt es dazu, wenn die Streikkasse leer wird und die Verzweiflung die Streikenden ersaßt. Solche Ausschreitungen wollen wir aber verhindern.

Sie fragen: Weshalb schreiten wir nicht gegen die Unternehmersyndikate ein? Ich sage: Diese Syndikate wirken günstig! Sie garantieren eine ruhige, gleichmäßige Entwickelung. Freilich liegt da die Gefahr nahe, daß die Preise zu sehr in die Höhe getrieben werden. Hier handelt es sich dann für die Gesetzgebung um ein Problem allerschwierigster Art. Da kann die Gesetzgebung nur Grundlagen für einen statistischen Ueberblick schaffen. Mehr kann sie zur Zeit nicht erreichen.

Endlich hat Herr Dr. Lieber verlangt, daß vor Erledigung dieser Vorlage der § 152 der Gewerbe-Ordnung positiv ausgestaltet werde. Er verlangte die Rechtspersönlichkeit der Berufsvereine, Arbeitskammern u. s. w. Aber alle diese Fragen gehören doch zu den allerschwierigsten Problemen. (Stürmisches Gelächter links.) Zunächst müssen wir reprimierend wirken gegen die Ausschreitungen der Arbeiter, dann aber auch alles unterstützen, was geeignet ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Darin liegt der Accent unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, er liegt in sozialer Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Der Herr Bundesrats-Bevollmächtigte hat im Eingang seiner Rede die Ausführungen eines Abgeordneten, die ich bereits rektifiziert hatte, noch einmal zu rektifizieren für nötig befunden. Das war bisher bei den Mitgliedern des Bundesrats nicht üblich und ist durchaus geeignet, die Thätigkeit des Präsidenten zu erschweren und sein Ansehen vor dem Hause herabzusetzen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Preußischer Handelsminister **Brefeld:** Selbstverständlich lag dies nicht in meiner Absicht. Aber ich müßte meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß hier Dinge erörtert werden, wie es in keinem andern Parlamente der Welt üblich ist.

Präsident Graf **Ballestrem:** Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. (Beifall.)

Sächsischer Ministerialdirektor **Fischer:** Der Herr Abgeordnete Rösicke hat von einem Urteil des Berliner Landgerichts gesprochen. Ich kenne dieses Urteil nur aus den Zeitungen, und diese berichten verschieden. So lange ich nicht den authentischen Text gelesen habe, kann ich es nicht glauben, daß ein Gericht sich so ausgesprochen haben sollte, wie der Abg. Rösicke angab. Einstweilen gehe ich auf das Urteil nicht ein und bitte das Haus, das gleiche zu thun.

Abg. **Haußmann**-Böblingen (Südd. Volksp.): Ich glaube nicht, daß irgend ein Reichstag sich von einem Vertreter des Bundesrats wird vorschreiben lassen, was er . . .

Präsident Graf **Ballestrem:** Herr Abgeordneter, ich habe bereits erklärt, daß eine Kritik meiner Geschäftsführung dem Herrn Vertreter des Bundesrats nicht zusteht. Für ebenso unangemessen muß ich es erklären, wenn Sie jetzt auf die Sache zurückkommen und nun Ihrerseits ein Mitglied des Bundesrats rektifizieren wollen. (Beifall.)

Abg. **Haußmann:** Herr Präsident, ich habe mich aufrichtig gefreut über den Nachdruck, mit dem Sie die Würde des Hauses zu wahren verstanden haben.

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich bitte Sie, über meine Geschäftsführung weder ein zustimmendes noch ein mißbilligendes Urteil abzugeben. (Heiterkeit.)

Abg. **Haußmann** (fortfahrend): Nun zum Gesetz: Das Gesetz, sagt man, läßt den Arbeitern die Koalitionsfreiheit; mag sein; es beraubt sie aber der Mittel, um von ihr Gebrauch zu machen. Was erreicht man denn eigentlich mit dem Gesetze? Man wird nur eine breite Furche von aufregenden Prozessen hinter jedem Lohnkampfe herziehen. (Sehr richtig!) Die Gleichstellung von Leuten, die sich leichte Streikvergehen haben zu schulden kommen lassen, mit gemeinen Verbrechern muß geradezu verwirrend auf das Rechtsbewußtsein des Volkes wirken. Die Aeußerung, die der Abg. Lieber über die schon heute übliche Praxis der deutschen Gerichte that und die ihm den Ordnungsruf des Präsidenten zuzog, war weiten Kreisen aus der Seele gesprochen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum.) Wenn die Herren von der Rechten, die jetzt für das Gesetz schwärmen, von ihrer Hände Arbeit leben müßten, dann würden sie anders über dasselbe urteilen. — Gänzlich falsch ist die Behauptung des Abg. **Arendt**, die Arbeiter außerhalb der Sozialdemokratie seien für das Gesetz. Das Umgekehrte ist der Fall. Die Liebermannschen Gestalten haben sich wie die Bassermannschen gegen das Gesetz erklärt. (Stürmische Heiterkeit.)

Nach einem französischen Sprichwort heißt regieren vorhersehen. Mit der Einbringung dieses Gesetzes hat die Regierung, hat der Reichskanzler eben keine große Kunst des Vorhersehens bewiesen. (Heiterkeit.)

Herr von Bennigsen hat einmal beklagt, das Bürgertum nehme in Deutschland nicht die ihm gebührende Stellung ein. Wenn die Nationalliberalen aufrecht den Weg gehen wollten, den Herr Bassermann gestern betreten, dann könnte das Bürgertum sich bald diese Stellung erringen. (Sehr richtig!)

Mit welchem Applaus ist die Einbringung dieser Vorlage eingeleitet worden. Und was ist herausgekommen? Ein Gesetz, das wohl nie Wirklichkeit werden wird. Wir brauchen nicht mehr Zuchthaus, **sondern mehr Freiheit**, nicht mehr Urteile, sondern mehr Urteil! (Beifall links. Zischen rechts.)

Die Abgg. **von Czarlinski** (Pole) und **Winterer** (Els.) erklären sich strikt gegen die Vorlage.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Außerdem: Vertagungsordre; 3. Lesung des 2. Nachtragsetats und der heute behandelten kleinen Vorlagen.)

Präs. Graf **Ballestrem** teilt mit, daß Abg. Brodbeck (Südd. Volksp.) sein Mandat niedergelegt hat.

Schluß: 5½ Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. Juni 1899.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst die Vorlage betr. Versetzung richterlicher Beamten in den Ruhestand in zweiter Lesung nach den Kommissionsbeschlüssen, wonach bekanntlich die in der Regierungsvorlage enthaltene Altersgrenze nach oben beseitigt worden ist. Gegen die Vorlage stimmte ein Teil der Konservativen, die nach den Aeußerungen des Grafen Limburg-Stirum die Vorlage als ein „Ausnahmegesetz" ansehen, welches ihnen in finanzieller Beziehung zu weit geht. Die Minister Schönstedt und v. Miquel erklärten sich zwar mit dem Kommissionsbeschluß einverstanden, der Justizminister erklärte aber, daß die Regierung das Gesetz nur „mit Wohlwollen" handhaben werde. Es gäbe auch unter den älteren Richtern solche, die den Anforderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs wohl gewachsen wären. Abg. Munckel von der Freisinnigen Volkspartei gab der Ansicht Ausdruck, daß die Richter nicht vom bloßen Wohlwollen der Regierung abhängig sein dürften; es sei eine Anstandspflicht, allen älteren Richtern die Wohlthaten des Gesetzes zu gewähren. Die Konservativen seien nur mit Ausnahmegesetzen einverstanden, von denen sie Vorteil hätten. Der Nachtragsetat wurde in zweiter Lesung erledigt. Der von Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum eingebrachte Antrag, betr. eine Novelle zum Rentengütergesetz behufs Bildung von Zwangsrentengütern in Land und Stadt wurde einer Kommission überwiesen. Herr v. Miquel — dies verdient noch hervorgehoben zu werden — eröffnete im Verlauf der Beratung auch eine Perspektive auf ein Reichswohnungsgesetz. Noch bemerkenswerter war das Eintreten des konservativen Grafen Limburg-Stirum für billige Vorortstarife, die den städtischen Arbeitern das Wohnen auf dem Lande ermöglichen sollten. Der Antrag der Abgg. Kirsch und Frhr. v. Plettenberg betr. eine Novelle zum Jagdgesetz wurden in zweiter Lesung angenommen. Am Donnerstag steht die zweite Beratung der Vorlage betr. die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Sanitätskommissionen sowie Petitionen auf der Tagesordnung.

Das Berliner Urteil gegen den Vorwärts liegt der reaktionären Presse arg im Magen. Diese Presse betrachtet den Freispruch als einen Stoß vor den Kopf und es will ihr absolut nicht in den hohlen Kopf, daß auch einmal ein solches Urteil gegen die Sozialdemokratie gefällt werde. Voller Wut entrüstet die kgl. sächs. **Leipziger Ztg.**, das Organ der sächsischen Regierung:

„Ob darin eine Verurteilung der sächsischen „Staatsweisheit" liegt, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser. Nach unserer Auffassung beruht diese „Staatsweisheit" auf dem folgenden sehr einfachen Gedankengang: Die Sozialdemokratie hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie im Gegensatz zu anderen politischen Parteien den Staat nicht im einzelnen reformieren und einzelne seiner Einrichtungen zum Gegenstand der Kritik machen, sondern daß sie ihn in seiner Totalität beseitigen, die jetzigen Regierungen stürzen und dieses Ziel nötigenfalls mit Gewalt durchsetzen will. Daß sie diesen Zweck neuerdings aus taktischen Gründen zu verhüllen sucht, ihn nicht mehr so oft und so offen ausspricht, wie früher, ändert nichts an der Sache. Eine solche Partei ist nicht mehr eine Partei wie jede andere, sondern verfolgt unstreitig verbrecherischen Mittel und verbrecherische Zwecke. Nicht minderes Recht haben die Anhänger dieser Partei vor Gericht zu genießen, sondern dasselbe Recht, dem jeder zu unterstellen ist, der denselben verbrecherischen Zweck mit denselben verbrecherischen Mitteln betreibt."

Der Vorwärts bemerkt dazu:

„Sollte diese köstliche Darlegung vom Wesen des Staates und der Justiz den Beifall der sächsischen Regierung haben, so zweifeln wir nicht, daß diese Regierung unverzüglich sämtliche Staatsanwälte und Richter des lobesamen Sachsenlandes in Haft nehmen läßt und ihrer Stellungen verlustig erklärt. Denn sie haben sich sämtlich der schwersten Amtsverbrechen schuldig gemacht. Sie haben eine ganze Partei von Verbrechern ungestört „ihre verbrecherischen Zwecke mit verbrecherischen Mitteln" verfolgen lassen, ohne pflichtgemäß einzugreifen. Die geringen Anläufe dieser Justiz, sozialdemokratische Flugblätter und Hochrufe auf die Sozialdemokratie für strafbar zu erklären, müssten als erschwerender Umstand eingesehen werden, denn sie beweisen das Bewußtsein der Justizbeamten von der Verbrechernatur der Sozialdemokraten. Diese Verbrecher aber dennoch frei wandeln und ihr hochverräterisches Treiben ungestört ausüben zu lassen, ist offenbar selbst ein schweres Verbrechen."

Auch die Dresdener Nachrichten, eines der erfolgreichsten Klatsch- und Streberblätter Sachsens, das sogar die besonderen Sympathien des Reichstags-Vizepräsidenten v. Frege errungen hat, ist ganz entsetzt über das Berliner Urteil:

„Die in dem Berliner Urteilsspruch liegende Kritik ist von ganz unabsehbaren Konsequenzen, sie muß, wie kein Urteil vorher, die Autorität der ganzen Rechtsprechung untergraben; mit diesem Urteil ist die Achtung vor allen richterlichen Erkenntnissen hinfällig geworden."

Vortrefflich! Gerechte Urteile untergraben die Rechtsprechung! Sehr schmeichelhaft für die sächsische Justiz!

Heiteres von der Friedenskonferenz. In der Sitzung am Dienstag ereignete sich ein interessanter Zwischenfall. Der amerikanische Delegierte Mahan hatte seine Ansicht über irgend einen Punkt auf Englisch geäußert. Darauf sprach der deutsche Vertreter Professor Zorn deutsch und Graf Nigra unter allgemeinem Hallo italienisch. Spaß muß sein, und wenn's bei der Friedenskonferenz ist, die ja ohnehin immer spaßiger wird, je länger sie dauert.

Spionageangst. Ein deutscher Artillerieoffizier, v. Steinmetz, soll in Havre in Frankreich als Spion verhaftet worden sein. Was an dieser Spukgeschichte Wahres ist, bleibt abzuwarten.

Pastor Schall in Braunschweig hat jetzt doch erfahren müssen, daß er als Pastor nicht ungestraft Politik treiben darf. Im vorigen Jahre von der Disziplinarkammer für Kirchendiener des Amtes entsetzt, wurde dieser Tage vom Disziplinargerichtshof, welcher sich auf seine Berufung hin mit der Angelegenheit befaßt hat, das erstinstanzliche Urteil bestätigt. Der scharfe Wind gegen Schall begann von dem Augenblicke an zu wehen, als er in der Wahlbewegung des Jahres 1893 ein elendes Wahlflugblatt der nationalliberalen Sippe, welche sich gegen unsere Partei richtete, als das bezeichnete, was es war, als ein schamloses Machwerk und der Wahrheit in einer Versammlung die Ehre gab.

Kleine politische Nachrichten. Der Abg. Brodbeck von der Süddeutschen Volkspartei, dessen Mandat von der Wahlprüfungskommission des Reichstags für ungiltig erklärt wurde, hat jetzt sein Mandat niedergelegt. — In Bukarest suchten anläßlich der Wahlen 1500, zum Teil bewaffnete Landleute in die Stadt Slatina unter dem Vorwande einzudringen, sie wollten gegen die dortige Deputiertenwahl protestieren, wobei ein gewisser, wegen anarchistischer Umtriebe aus Frankreich ausgewiesener Hogdan Pitesti unterlegen war. Auf die Ermahnungen, auseinander zu gehen, griffen die Bauern das herbeigeholte Militär mit Steinen, Stöcken und Revolvern an, wobei mehrere Soldaten verletzt wurden. Nach drei fruchtlosen Versuchen, die Bauern auseinander zu treiben, feuerten die Truppen zuerst in die Luft, dann auf die Angreifer, wodurch mehrere verwundet wurden, darunter einige tödlich.

Ausland.

Frankreich. Ein Ministerium Bourgeois, also ein solches unter dem Vorsitz eines Radikalen: ist die neueste Phase der französischen Ministerkrisis. Bourgeois ist vom Haag in Paris eingetroffen und von Loubet empfangen worden. Die meisten Pariser republikanischen Blätter der verschiedenen Parteirichtungen, abgesehen von denjenigen, welche streng der Richtung Meline's angehören, erklären, daß sie bereit seien, ein Ministerium Bourgeois ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung zu unterstützen.

In parlamentarischen Kreisen hält man den Eintritt Waldeck-Rousseaus (Krieg), Poincarés (Inneres), Mouis' (Justiz) und Delcasses (Auswärtiges oder Finanzen) für wahrscheinlich. Bourgeois wünschte allerdings das Ressort des Auswärtigen selbst zu übernehmen, soll aber die Kombination nicht daran scheitern lassen wollen, daß Delcasse diesen Posten für sich beanspruscht.

Ein erregter Zwischenfall ereignete sich Dienstag abend in der Rue Royale. Der antisemitische Deputierte für Constantine, Morinaud, sprang aus seinem Wagen in den des vorbeifahrenden sozialistischen Deputierten Rouanet und ohrfeigte ihn, indem er ihm zurief: „Dies ist die Antwort aller Algerier." Rouanet, völlig verblüfft, versuchte dem Angreifer einen Stockhieb zu versetzen, traf jedoch nicht. Sodann zog er einen Revolver heraus und nannte Morinaud einen Gauner. Morinaud erwiderte, er solle schießen, er sei ein Feigling. Schließlich trennte der Kutscher Rouanets die Gegner und trieb die Pferde zum Weiterfahren an.

Ein Einwohner von Rennes hat der Frau Dreyfus, die hier erwartet wird, ein ganzes Haus zur Verfügung gestellt.

Belgien. Protest. Am Dienstag fand eine große Versammlung der sozialistischen Partei statt, in welcher beschlossen wurde, gegen die Regierungsvorlage mit allen Kräften einzutreten. Die Hauptansprache hielt van der Velde, welcher erklärte, die Liberalen rufen den König, die Sozialisten das Volk an. Die Revolution von oben müsse von der von unten begleitet sein.

Spanien. Revision des Anarchistenprozesses. In der Dienstag-Sitzung der Deputiertenkammer verlangte Pi y Margall die Revision des Prozesses der Gefangenen von Montjuich. Es wurde kein Beschluß gefaßt.

Italien. Noch immer Obstruktion. Am Dienstag war die Kammer der Tummelplatz schwerer Kämpfe. Die Obstruktionisten bezweifelten zu Anfang der Sitzung die Beschlußfähigkeit der Kammer. In namentlicher Abstimmung, die sich zwei Stunden hinzog, wurde endlich die gesetzliche Zahl erreicht. Hierauf beantragte Pellour, die Verschärfung der Geschäftsordnung zu beraten. Ferri brachte den Antrag ein auf Vertagung bis Ende November. Obschon nach der Geschäftsordnung dieser Antrag den Vorrang hatte, ließ der Kammerpräsident über den Antrag des Ministers zuerst abstimmen, verweigerte auch die giltig von der Obstruktion geforderte namentliche Abstimmung. Die Mehrheit applaudierte diesem Gewaltstreich, während die Linke den Präsidenten wegen seiner Parteilichkeit mit unbeschreiblichen Invektiven überhäufte. Zu verwundern ist es, daß es nicht zu Thätlichkeiten kam. Nach einem weiteren Telegramm hat die Kammer den Antrag Ferri mit 227 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Zuchthausvorlage.

Gegen die Vorlage sprach sich der Verband der deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten aus, der zur Zeit in Breslau seine General-Versammlung abhält. Die Resolution lautet:

„Der Verband erklärt sich **gegen** die sogenannte **Zuchthausvorlage**, da er stets die Koalitionsfreiheit hochgehalten hat und keine derartige Beeinträchtigungen derselben billigen kann. Er hält die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend und fühlt in seiner Vereinigung die Kraft, etwaige Uebergriffe zurückzuweisen."

Daß der Verband der Schuh- und Schäfte-Fabrikanten stets das Koalitionsrecht hochgehalten hat, ist eine Behauptung, die durch die Erfahrungen schon längst Lügen gestraft ist — wir verweisen nur auf Weißenfels — aber es ist immerhin erfreulich, wenn auch Arbeitgeber-Vereinigungen die Zuchthaus-Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990623-18/fragment/page=0002

lage für überflüssig erklären. 'Im grellen Gegensatz steht allerdings hierzu eine Resolution, die der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister, diese Oberscharfmacher-Vereinigung, die eigentlich erst die Anregung zur Zuchthaus-Vorlage gegeben hat, in seiner letzten Versammlung in Berlin annahm und in welcher es heißt:

„... Weil in größerer Zahl Versammlungen von Arbeitern Resolutionen dahin gefaßt und wohl auch dem hohen Reichstage oder doch den ihren Absichten günstigen Parteien desselben zugestellt haben, welche bezwecken, den Entwurf zu verabschieden, ohne ihn erst einer Kommission zur Durchberatung bezw. Verbesserung zu überweisen, so sieht der Innungs-Verband deutscher Baugewerksmeister sich veranlaßt, auch seitens der in ihm vertretenen Arbeitgeber des Baufaches eine Gegenresolution dem hohen Hause mit der ehrerbietigen wie dringenden Bitte zu überreichen, in der ersten Lesung den Gesetzentwurf nicht ablehnen, vielmehr beschließen zu wollen, denselben einer Kommission zur Prüfung und event. Besserung zu überweisen."

Es wäre für diese Herren recht gut, wenn sie die Debatten über die Zuchthausvorlage recht eingehend studieren wollten. Vielleicht würden sie etwas anderes daraus lernen.

Die christlichen Arbeiter gegen die Vorlage. In einer Versammlung der christlich-sozialen Arbeiter Kölns wurde eine Protestresolution gegen die Zuchthausvorlage angenommen und aus der Versammlung heraus Mißfallen darüber ausgedrückt, daß die Zentrumspresse bisher keine klare Stellung zur Vorlage eingenommen habe. Die Arbeiterschaft vermisse die Versicherung, daß die Vorlage für das Zentrum unannehmbar sei. Der anwesende Chefredakteur der Köln. Volkszeitung, Herr Cardanus versicherte, die Vorlage bleibe für das Zentrum unannehmbar. Ein Zusatzantrag zur Resolution, das Zentrum des Reichstags aufzufordern, die Gesetzesvorlage ohne Kommissionsberatung abzulehnen, wurde indessen abgelehnt.

Eine recht eigenartige Stellung nahm am Dienstag in einer Versammlung der Anarchist Landauer der Zuchthausvorlage gegenüber ein. Er erklärte:

„Wenn die Zuchthausvorlage nicht Gesetz würde, so müsse er das geradezu beklagen; eine bessere Gelegenheit, die Arbeiterschaft aus dem Schlafe zu rütteln, komme nie wieder. Nicht mit einem Angstschrei, **sondern mit einem Jubelruf** würde er die Annahme der Zuchthausvorlage im Reichstage begrüßen."

Darnach hält Landauer es für das Beste, die Arbeiterschaft so empörend wie nur möglich zu behandeln, dann werde sie schon aus dem Schlafe aufwachen. Das wird sie allerdings, aber was sie dann thut, könnte eben wider nur den Scharfmachern Gelegenheit zu neuen Drangsalierungen geben. In dieser Annahme treffen sich ja Stumm und Landauer; weniger charakteristisch für den ersteren, als für den letzteren.

Auch nationalliberal. Von Glauchau aus ist der Deutschen Tageszeitung zufolge aus nationalliberalen Kreisen dem freikonservativen Abg. Arendt, der am Dienstag mit seiner Verteidigungsrede zu gunsten der angeblich nur „kleine Unebenheiten" aufweisenden Zuchthausvorlage im Reichstag ausgelacht worden ist, ein Huldigungstelegramm zugegangen. Die Absender rühmen sich, daß sie jederzeit seit dem Bestehen des Reiches getreulich für die nationalliberale Partei eingetreten seien, aber gegen die Rede des Abgeordneten Bassermann müßten sie protestieren. Darum bringen diese sächsischen Nationalliberalen dem freikonservativen Abg. Arendt herzlichen Glückwunsch zu seiner „vortrefflichen Entgegnung" dar.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Flugblattverteilung an Sonn- und Festtagen strafbar.** Wegen öffentlicher Verteilung von Wahlflugblättern am Himmelfahrtstage waren mehrere Arbeiter wegen Verstoßes gegen die Polizeiverordnung, betreffend die Heilighaltung des Sonntags, angeklagt. Sie wurden freigesprochen, da das Verteilen von Flugblättern keine „öffentlich bemerkbare Arbeit" sei. Das Kammergericht hat, wie sich aus der Deutschen Juristenzeitung ergiebt, diese Entscheidung aufgehoben, weil sie auf einer zu engen Auslegung des Begriffes „öffentlich bemerkbare Arbeiten" im Sinne der Polizeiverordnung beruhe. In dem Urteil des Kammergerichts heißt es u. a.: „Da die Verordnung zur äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage und gegen die Störung der Feier an diesen Tagen erlassen ist, so stellen sich als „öffentlich bemerkbare Arbeiten" solche von Menschen ausgeführte Thätigkeiten dar, welche durch die Art, wie sie vor der Oeffentlichkeit in die äußere Erscheinung treten, einerseits geeignet sind, die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen, andererseits aber zugleich das religiöse Gefühl derer, die sie wahrnehmen, zu verletzen und damit die Feiertagsstimmung in ihrer Allgemeinheit zu stören. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es darauf, ob die Thätigkeit einen größeren Kraftaufwand erfordert, oder ob sie gegen Entgelt vorgenommen wird, nicht ankommen. So ist u. a. zu dem verbotenen Betrieb des Handelsgewerbes in offenen Verkaufsstellen in der Regel ein größerer Kraftaufwand nicht erforderlich."

Gewerkschaftliches.

Der Stand des Maurerstreiks in Dresden hat sich wenig verändert. Ein Teil der Unternehmer hat bewilligt. Es sind noch eine große Anzahl Maurer ausständig.

Der Bierkrieg in Frankfurt a. M. Am Montag beschlossen die streikenden Brauer den Streik für beendet zu erklären. Darauf hat am Abend das Gewerkschaftskartell folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung des Gewerkschaftskartells beschließt: Nachdem der Streik für beendet erklärt worden ist, auch den Bierkrieg aufzuheben. Sie giebt damit den Ringbrauereien zugleich Gelegenheit, die Wahrheit ihrer Zusicherungen zu erweisen, daß die Einstellung der Streikenden nach Bedarf erfolgen werde, sobald der Bierkrieg beendet sei. Geschieht dies nicht, so ist der Oeffentlichkeit ein abschließendes Urteil über das Verhalten des Brauerringes geboten und wird in diesem Falle die Frankfurter Arbeiterschaft erneut Stellung zu der Angelegenheit nehmen."

Die Aussperrung der Berliner Maurer. Eine am Dienstag vom Arbeitgeberbunde des Maurer- und Zimmerergewerbes einberufene zahlreiche Versammlung der Berliner Arbeitgeber beschäftigte sich mit dem Lohnkampf bezw. der Aussperrung. Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, Westphal, teilte mit, daß im Abgeordnetenhause eine Vorstandssitzung des Deutschen Arbeitgeberbundes stattgefunden habe, die sich begeistert für die Sache der Berliner (für die unbegründete Massen-Aussperrung. Red.) ausgesprochen hätten. Westphal fügte hinzu, daß nicht die Lohnfrage, die sich stets nach Angebot und Nachfrage regele, der Kernpunkt des Streites sei, sondern in erster Linie die Machtfrage, wer auf den Bauten Herr sein sollte. (?) Der Kampf habe deshalb für das gesamte Reich große Bedeutung und nicht allein für das Maurergewerbe, sondern für alle Gewerbe und Industrieen. Deshalb sei auch eine gemeinschaftliche Sitzung sämtlicher Berliner Arbeitgeber-Vereinigungen in Vorbereitung. Der Bund im Maurer-Gewerbe umfasse jetzt schon 424 Mitglieder und erfahre täglich mehr. Maurermeister Schöppe-Magdeburg hielt alsdann einen Vortrag über den letzten Lohnkampf im Baugewerbe Magdeburgs, der schließlich zu einem beide Teile befriedigenden Frieden von anscheinend längerer Dauer und zu einem festen Zusammenschluß der fortwährend bedrängten Arbeitgeberschaft geführt habe. Maurermeister Gehricke teilte mit, daß die Verhandlungen mit den Mörtelwerken und Lieferanten von Baumaterialien einen sehr günstigen Verlauf nähmen. Auch Dir. Maaß vom Syndikat der Stein- und Ziegelbrenner habe sich sehr sympathisch geäußert und ein Kartell vorgeschlagen, das bei Ausständen der Maurer und Ziegelstreicher auf Grundlage der Gegenseitigkeit in Kraft zu treten habe. Beschlossen wurde einstimmig, den geplanten Arbeitsnachweis bald ins Leben zu rufen und an der bisherigen Taktik und den getroffenen Maßregeln festzuhalten. Es wurden mehrere Kommissionen gewählt, die alle Fragen des Streites zu bearbeiten haben. Eine Störung erregte die Ausweisung des Betrauensmanns Silberschmidt von der Zentralorganisation der Maurer, der sich unter dem Namen eines Fliesenlegers Horn mit dessen Legitimationspapieren eingeschlichen und in die Listen eingetragen hatte. Aufsehen erregten die Mitteilungen, daß in mehreren Fällen die Bauherren die Bauten von solchen Maurermeistern für eigene Rechnung fortführen lassen, die ihre Arbeiter entlassen haben. Diesen soll auch der höhere Lohn bewilligt worden sein. Im weiteren Verlauf der Versammlung kam ein Schreiben des Vereins der Akkordmaurer zur Verlesung, worin dieser Verein bedauert, daß auch auf seine Mitglieder die Aussperrung ausgedehnt worden ist, obgleich sich dieselben doch bisher den Forderungen der Unternehmer gefügt haben. Die Akkordmaurer ersuchen den Bund der Unternehmer, auf sie die Sperre nicht auszudehnen. Die Versammlung beschloß, mit den Akkordmaurern keine Ausnahme zu machen und wies zwei Vertreter derselben, welche um eine Besprechung ersuchten, ohne Umschweife ab.

Lokales und Provinzielles.

Halle, a. S., 22. Juni 1899.

* **Zum Arbeitersekretär** wurde gestern abend von der erweiterten Kommission Genosse Dr. Winter in Beuthen, Oberschlesien, gewählt. Von den eingelaufenen 35 Bewerbungen waren acht zur engeren Auswahl gestellt worden. Nach eingehender Besprechung wurde die Abstimmung schriftlich und zwar in der Weise vorgenommen, daß jedes der 37 zur Stimmabgabe berechtigten Kommissionsmitglieder drei Namen aufzuschreiben hatte. Der Antrag, daß jeder nur einen Namen aufschreiben solle, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß viele, denen die Bewerber persönlich unbekannt sind, schwer im Zweifel sein würden, für welchen einen sie stimmen sollten; könne dagegen jeder drei Namen auswählen, so erziele man dadurch im Gesamtdurchschnitt ein viel zutreffenderes Bild über die Meinungen der Kommissionsmitglieder. Bei Auszählung der Stimmen ergab sich, daß erhalten hatten

Dr. Winter-Beuthen	35	Stimmen,
Buchdrucker Güldenberg-Erfurt	28	„
Bildhauer Götz-Berlin	22	„

Von den anderen zur engeren Wahl gestellten Bewerbern hatte keiner die absolute Mehrheit (19 Stimmen) erhalten. Genosse Winter wird den meisten Parteifreunden wenigstens dem Namen nach wohlbekannt sein. Er hat seit langer Zeit in Oberschlesien eine sehr erfolgreiche Thätigkeit für die gewerkschaftliche und politische Bewegung entfaltet und leitet seit vorigem Herbste das von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Beuthen errichtete Auskunfts- und Rechtsschutzbureau. Allerdings wird Dr. Winter seine hiesige Stellung voraussichtlich erst Anfang Oktober antreten können, da er vorher eine dreimonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hat. Die erweiterte Kommission war jedoch einhellig der Meinung, daß, wenn nötig, von einer eventuell einzuberufenden öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung unschwer die Genehmigung, den Eröffnungstermin bis dahin hinauszuschieben, zu erlangen sein wird. — Erfreulich ist die Thatsache, daß sich seit Sonnabend zehn weitere Gewerkschaften zur dauernden Beitragsleistung für das Sekretariat bereit erklärt haben, so daß die Zahl dieser Gewerkschaften nunmehr 29 beträgt.

* **Achtung, Schuhmacher!** In der Schuhfabrik von Karl Haase, Möglicherweg 4, ist gestern ein Schnittpolierer ohne Grund gemaßregelt worden. Da Herr Haase seine Wiedereinstellung heute schroff abgelehnt hat und noch dazu ein Mitglied der Kommission, die dieserhalb vorstellig wurde, maßregelte, sind sämtliche Ausputzer ausständig geworden. Eingehender Bericht folgt morgen. Die Ausständigen halten heute abend eine Versammlung ab. Das Lokal wird mündlich bekannt gegeben.

* **Warnung.** Mit einer Mitgliedskarte des sozialdemokratischen Vereins in Gotha, ausgestellt auf den Namen Herm. Hofbauer, wird anscheinend Schwindel zu treiben versucht. Ein Mann spricht damit bei den Vertrauensleuten um Unterstützung an, der die Karte entweder gestohlen oder gefunden haben muß. Es wird gebeten, die Karte einzubehalten.

* **Wie geschwindelt wird.** Die gesamte bürgerliche Presse Sachsens, Hallesche Zeitung voran, brachten vor einigen Tagen die Nachricht, daß in der von sozialdemokratischer Seite gegründeten Schuhfabrik in Ilversgehofen ein Streik ausgebrochen sei. Daran wurde die Bemerkung geknüpft, daß dieses Vorkommnis einen Vorgeschmack gebe von den Zuständen im Zukunftsstaat. Die Wahrheit ist nun die, daß die betreffende Fabrik zwar seiner Zeit von gemaßregelten Schuhmachern gegründet worden ist, aber vor Jahr und Tag in die Hände eines Privatmannes übergegangen ist, der ein enragierter Fortschrittsmann ist. Daß die hiesigen Blätter, besonders die für journalistischen Anstand kämpfenden Blätter diese Tatarennachricht nunmehr richtig stellen werden, ist, wenn man die Vergangenheit derselben in Betracht zieht, nicht zu erwarten.

* **Unfälle.** (Nach dem Bericht der Klinik.) Durch plötzlich niedergehende schwere Erdmassen wurde gestern der beim Ausschachten beschäftigte Arbeiter Gustav Herrmann aus Giebichenstein derart verschüttet, daß er bedeutende Quetschungen am Unterleibe davontrug. — Bedeutende Verbrennungen an beiden Händen zog sich die 82jährige Witwe Seeburg dadurch zu, daß ihr, während sie einen mit siedendem Wasser gefüllten Topf vom Feuer nahm, dieser entglitt und der Inhalt sich über ihre Hände ergoß.

* **Der Brand des Stadtgutes** am Böllbergerweg soll durch Funken einer Lokomotive der Hafenbahn verursacht worden sein.

* **Neue Fernsprechverbindungen.** Heute ist der Sprechverkehr zwischen Halle einerseits und Wolmirstedt (Bez. Magdeburg) sowie Schwanebeck andererseits eröffnet. Die Sprechgebühr beträgt 1 M. für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch.

* **Das Dienstmädchen Anna Lüdecke** soll eingestanden haben, daß das Kind nach der Geburt geschrien habe, sie behauptet aber, daß dasselbe kurz darauf gestorben sei. Den Leichnam will die Lüdecke in ein braunes wollenes Tuch gewickelt und in die Saale geworfen haben.

Trotha. Wie hallesche Blätter melden, findet im Gasthof zur Preußischen Krone eine Besprechung der Arbeitgeber und Meister von Trotha statt. Das Thema bildet die Umwandlung der Krankenkassen-Zahlstelle Trotha in eine selbständige Krankenkasse mit eigener Verwaltung.

W. **Weißenfels.** Achtung, Arbeiter-Radfahrer. Sonntag, den 25. Juni, findet eine Flugblatt-Verbreitung statt, zu welcher die Arbeiter-Radfahrer einen größeren Bezirk belegen sollen und sollte keiner fehlen, um sein Rad in Dienst der Partei zu stellen, zumal die Flugblätter die Zuchthausvorlage behandeln, welche die Landbevölkerung auf anderem Wege nicht kennen lernt. Also das Rad in Dienst der Partei! Auf dem Rad gegen die Zuchthausvorlage! Sammelort Stadt Naumburg früh 6 Uhr.

Weißenfels. Ertrunken. Am Mittwoch ertrank der Buriche des Hauptmanns Müller in der Saale. Er ritt ein Pferd zur Schwemme, welches ihn abwarf.

Weißenfels. Apollo-Theater. Mit besonderer Sorgfalt entwarf die Direktion den letzten Spielplan der Wintersaison, wobei wir nicht unterlassen können, zu bemerken, daß Herr Horn während der ganzen Spielzeit weder Kosten noch Mühe gescheut hat, dem Publikum nur das Beste zu bieten, was ihm ja auch durchweg gelungen ist; die natürliche Folge ist, daß das Publikum stark verwöhnt ist in seinen Ansprüchen an das Varietee; so daß es ohne Attraktionen gar nicht mehr geht. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Leistungen von M. Kaiparci, dem Manne mit dem Löwengebiß. Unheimliche Kräfte entwickelte der Künstler; man hält dergleichen gar nicht für möglich; eine Tonne, auf der zwei starke Männer sitzen, hält er balancierend in den Zähnen. Seine Vorführungen fanden ungeteilten Beifall. Eine sehr angenehme Soubrette lernten wir in Frl. Mary Werder kennen, sympathische Erscheinung, angenehme Stimme, vorzüglichen Vortrag; mehr kann man nicht verlangen; die Duettisten Geschw. Tonnetty errangen sich bald die Gunst des Publikums; ihre Vorführungen gefielen sehr. Der Instrumentalist Mutsche beherrschte sein Instrument. Sehr ansprechend und mit vielem Beifall begleitet waren die Vorführungen der Equilibristen Romeo. In den drei Gelins lernten wir sehr gewandte Springer und Turner kennen. Der Humorist Bernhard bot einige Neuigkeiten, das Publikum kargte nicht mit Beifall. Die Pausen wurden durch einige gut gewählte und gut gespielte Musikstücke der Theaterkapelle unter Leitung v. Herrmann sehr angenehm ergänzt.

Magdeburg. Auf dem Zentralbahnhof stießen zwei Güterzüge zusammen. Personen wurden nicht verletzt.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In der Vorturnstunde des hiesigen Männerturnvereins in Hergisdorf stürzte der Vorturner Otto Müller beim Riesenschwung vom Reck und erlitt schwere Verletzungen. — In Lieskau stürzte bei Ausübung seines Berufs der Thongrubenarbeiter Fr. Lehmann gegen 10 Meter tief in die Grube, wodurch er einen Bruch der Wirbelsäule erlitt. — In Hetebborn geriet das 3jährige Töchterchen des Arbeiters Könnecke während des Spiels in eine mit heißer Asche angefüllte Grube und zog sich dabei sehr schwere Brandwunden an beiden Armen zu. — Auf dem Bahnhof in Teuchern wurde die Arbeiterin Bertha Merkel von einem Wagen derartig gegen eine Loonrig gedrückt, daß sie erhebliche Quetschungen des Unterleibs erlitt. — Der Arbeiter Ernst Allner in Stetzsch zog sich eine unbedeutende Verletzung zu. Es trat Blutvergiftung hinzu, der Allner unter fürchterlichen Schmerzen erlag. — Von Zigeunern wurde bei Oranienbaum der Schneidergeselle Karl Hohmann aus Gräfenhainichen überfallen, mit Knütteln arg zugerichtet und beraubt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., den 20. Juni.

Als unvorsichtiger Radfahrer hatte sich der Drahtzieher Johann Frerichs aus Diemitz erwiesen, da er am 14. März ds. Js. auf der Berlinerstraße hier, in der Nähe der städtischen Turnhalle, einen siebenjährigen Knaben überfahren und dadurch eine erhebliche Gefährdung desselben verursacht hatte. Frerichs war nun wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt, vom hiesigen Schöffengericht jedoch freigesprochen worden, wogegen der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Die Verhandlung hierüber kam zu einem anderen Ergebnis, als die der ersten Instanz, da der Angeklagte schuldig befunden wurde. Er war an jenem Tage mittags nach 1 Uhr auf seinem Fahrrade von Diemitz her losgeradelt, um nach Leuteritz Fabrik in Giebichenstein, seiner Arbeitsstelle, zu gelangen. An der Turnhalle angekommen, hatte er vorschriftsmäßig die rechte Seite der Straße befahren, aber nicht die gehörige Aufmerksamkeit auf spielende Kinder gerichtet oder er war zu schnell gefahren, wodurch es geschah, daß er den von der Vordschwelle rechts aufgestandenen siebenjährigen Sohn des Briefträgers Hoppe mit dem Rade umrannte und dabei mit dem Rade stürzte. Das Kind hatte außer leichten Verletzungen eine Gehirnerschütterung erlitten und deshalb lange in ärztlicher Behandlung zubringen müssen. Glücklicherweise ist die Gefahr für den Verletzten beseitigt und späterer gesundheitlicher Nachteil für ihn nicht zu befürchten. Des Angeklagten Fahrlässigkeit lag lediglich daran, daß er es an der erforderlichen Aufmerksamkeit hatte fehlen lassen, als er noch 7—8 Meter von den Kindern entfernt war, und zur Vermeidung eines Unglücks sein Rad hätte anhalten müssen, um es an der gefährdeten, durch Wagenverkehr etwas beengt gewesenen Stelle vorbeizuführen. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erfolgte Verurteilung des Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis.

Um fahrlässige Körperverletzung handelte es sich auch in der Sache des Gutsbesitzers Eduard Tauchmann aus Grötz bei Zörbig, der durch Vernachlässigung seiner Berufspflicht einen dem 60 Jahre alten Arbeiter Friedrich Krabs zugefügenen Unfall verschuldet hatte. Krabs ist bei dem Angeklagten in Arbeit und hatte am 7. Januar d. J. mit mehreren andern Gutsarbeitern bei Tauchmann eine in Betrieb gesetzte Göpeldreschmaschine zu bedienen. An dieser Maschine war die außen befindliche, durch den Riemen des großen Schwungrades in Bewegung gebrachte kleine Riemenscheibe nicht durch eine Schutzvorrichtung verdeckt, wodurch es geschah, daß Krabs, der eine von oben zwischen die Riemenscheibe gefallene Hafergarbe beseitigen wollte, mit der linken Hand zwischen Riemen und Scheibe geriet und ihm der Zeigefinger der linken Hand so gequetscht wurde, daß das vordere Glied verloren ging. Der Verletzte ist drei Wochen arbeitsunfähig gewesen und kann noch jetzt mit der verstümmelten Hand nicht ordentlich zugreifen. Der Angeklagte versuchte sich mit dem Einwand zu entschuldigen, er habe die Regierungs-Polizei-Verordnung, die wegen der an Dreschmaschinen erforderlichen Anbringung von Schutzvorrichtungen im Dezember 1896 erlassen ist, damals nicht gekannt und Krabs habe selbst durch seine Unvorsichtigkeit den Unfall verschuldet. Hiergegen wurde dem Angeklagten bedeutet Unkenntnis der Gesetze mache nicht straflos und die Unvorsichtigkeit einer andern Person hebe die Verantwortlichkeit des zur Sicherheit eines Betriebes Verpflichteten nicht auf. Nach einer Reichsgerichts-Entscheidung habe der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß kein Arbeiter trotz dessen Unvorsichtigkeit sich an Dreschmaschinen verletzen könne. Hätte im vorliegenden Falle die erforderliche Schutzvorrichtung, zu deren Anbringung der Angeklagte verpflichtet war, nicht gefehlt, so wurde der Arbeiter sich die Verletzung nicht haben zuziehen können, denn die erwähnte Garbe wäre dann nicht zwischen die Riemenscheibe geraten. Nach dem Unfalle hat Tauchmann die vorgeschriebene Schutzvorrichtung anbringen lassen. Er kam mit 30 Mk. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis weg.

Gefährlicher Messergebrauch hatte den aus Schlesien gebürtigen 19 Jahre alten Dienstknecht Franz Martczock unter Anklage wegen qualifizierter Körperverletzung gebracht. Der Angeklagte ist jetzt Zögling in der Besserungsanstalt bei Oliva bei Danzig und war von dort hertransportiert. In jener Anstalt befindet er sich seit dem 16. Jan. d. J., nachdem er in Torgau wegen dem Schwurgericht von der Anklage wegen Beihilfe zum Morde freigesprochen worden war. (Diese Sache hing zusammen mit derjenigen des Gutsbesitzersohnes Gumrich aus Nichtewitz bei Torgau, der vom dortigen Schwurgericht wegen Mordes, verübt an einer polnischen Arbeiterin, zum Tode verurteilt worden ist.) Martczock diente im Dezember v. J. in Rabutz bei Gröbers und hatte da eines Abends mit dem 47 Jahre alten Arbeiter Franz Franz Winter beim Essen einen Wortwechsel, wobei ihm Winter einige Ohrfeigen gab und Martczock, der als jähzornig bekannt war, sogleich mit einem Messer auf Winter losstach, der einen Stich in den Kopf und zwei Stiche ins Gesicht erhielt. Wie Zeuge Winter angab, hatte ihn Martczock um Unterlassen der Anzeige gebeten und ihm dafür Geld versprochen mit dem Bemerken, er, Martczock, habe vom Gutsbesitzersohn Gumrich seiner Zeit 80 M. für Beseitigen der Leiche der ermordeten Arbeiterin erhalten. Ob dieser Angabe etwas Wahres zu Grunde lag oder nicht, ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990623-18/fragment/page=0003

mochte der Zeuge Winter nicht zu beurteilen; im übrigen gehörte fraglicher Punkt nicht zur Sache und konnte deshalb nicht erörtert werden. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Spielergeschichte des Klubs der Harmlosen zieht immer noch weitere Kreise. In den letzten Tagen sind, nach dem Berliner Tageblatt, wieder viele zum Teil aktive Offiziere und Gutsbesitzer aus der näheren und weiteren Umgebung Berlins vernommen worden. Auf neue Spuren scheinen namentlich die Geständnisse eines ehemaligen Gärtners Herzfeld und eines früheren Kammerdieners Rosenstiel geführt zu haben, die in dem Klub ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Rosenstiel ist am Freitag in Untersuchungshaft genommen worden. Die beiden hatten einmal Gelegenheit, für einen jungen Aristokraten aus hochgestellten Kreisen ein Darlehen von 100000 Mark zu vermitteln, das auf einen Wechsel über 200000 Mark gegeben wurde. Diese und andere Beziehungen halfen ihnen außer ihrem sicheren Auftreten, Eingang in den Klub zu finden. Hier spielten sie die Geldmänner oder auch die Vermittler von Geldgebern. Geriet ein Spieler in Verlegenheit, so halfen sie aus. Wenn dann der Schuldner Glück hatte und mit einem entsprechenden Gewinn abschloß, so wurde davon das Darlehen mit nicht zu mäßigen Zinsen abgezogen; im andern Falle machte man Wechsel. Ein ehemaliger Jurist und Gutsbesitzer aus Pommern hat im Klub der Harmlosen den größten Teil seines Gutes geschossen. Den Rest vertauschte er gegen ein Haus in Berlin W. und eine Hypothek. Diese sind jedoch aus, und das Haus kam unter den Hammer und wieder in andere Hände. Auch an holder Weiblichkeit fehlt es in dem Spielerprozeß nicht. Verschiedene Herren, namentlich auch ältere, begnügten sich mit dem einseitigen Amüsement im Klub nicht, sondern spielten lieber in kleineren Kreisen in Damengesellschaft. Unterkunft bot ihnen dazu eine Dame, deren adliger Name in der Mark nicht ganz unbekannt ist und auch bei sonderbaren Bettelgeschichten schon vor Jahren häufiger genannt wurde.

Mittweida. Die Studierenden des hiesigen Technikums streiken! Sie haben beschlossen, die Vorlesungen bis auf weiteres nicht mehr zu besuchen. Die Grund hierfür sind, wie ein Berliner Blatt meldet, folgende: 1. Die von der Direktion nicht bewilligte Abiezung eines Lehrers, der sich seitens der Technikerschaft der größten Unbeliebtheit erfreut. Dieselbe ist hervorgerufen durch die angeblich große Ungerechtigkeit und Parteilichkeit dieses Herrn seinen Zuhörern gegenüber. 2. Die allgemein als ungerecht anerkannte Ausweisung eines Studierenden von obigem Institut. — Die Ausständigen sind entschlossen, die Vorträge nicht eher zu besuchen, als bis für sie ein günstiger Bescheid von seiten des Direktoriums erfolgt ist.

Dresden. In Wedingen wurde ein Landgendarm von zwei Geisteskranken überfallen und ermordet.

Dirschau. Mord. Dem Anschein nach ist am Mittwoch das 12jährige Schulmädchen Greil auf der Feldmark Alt-Münsterberg im Kreise Marienburg ermordet worden. Das Kind war von seinen Eltern nach Marienburg geschickt worden, um einige Einkäufe zu besorgen. Da es über die nötige Zeit ausblieb, suchten die Eltern das Mädchen und fanden es nach langem vergeblichen Suchen in Marienburg schließlich als Leiche in einem neben der Chaussee gelegenen Roggenfelde. Da man nur eine kleine Wunde hinter dem Ohre finden konnte, nimmt man an, daß der Tod durch Ersticken erfolgt ist. Die Waren lagen unberührt neben der Leiche.

Grünberg. Niedergebrannt ist das Dorf Schlabrendorf in Schlesien mit eintgen zwanzig Gebäuden. Vier Personen erlitten bei Rettungsversuchen schwere Brandwunden.

Osnabrück. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Bäcker Möllenkamp wegen Ermordung einer Dienstmagd zum Tode.

Würzburg. Zu benachbarten Estenfeld wurde der Bäckerssohn Wurzenhörlein, der mit seinem Gesellen auf freiem Felde Klee aufladen wollte, vom Blitze erschlagen; der Geselle wurde leicht betäubt.

Bamberg. Bei einer Brückenbau-Uebung des hiesigen Ulanen-Regiments ertrank ein Ulan. Ein anderer Ulan wurde bei dieser Uebung durch ein herabfallendes Beil am Kopfe schwer verletzt.

Karlsruhe. Bei Bühl erschlug der 28jährige Dienstknecht Stiefel die Tochter seines Dienstherrn Schmidt, von dem er vor etwa drei Wochen entlassen worden war. Er arbeitete in den Reben, die überfallene Marie Schmidt in der Nähe. Dabei überfiel Stiefel die Marie und bearbeitete sie derart mit der Hacke, daß sie bewußtlos zu Boden sank. Danach ging er nach Bühl und stellte sich der Polizei. Von dort wurde nach dem Thatorte gesandt und das Mädchen bewußtlos in den Reben liegend aufgefunden. Es ist nach dem badischen Nachrichtenbureau wenig Hoffnung auf Rettung des Mädchens vorhanden.

Briefkasten der Redaktion.

O. B., Halle. Wir berichtigen an dieser Stelle, daß es sich um eine Kreisturnfahrt nach der Rudelsburg, nicht um einen Turntag gehandelt hat. Ob das zweierlei ist, können wir als Nichtfachmänner nicht beurteilen.

H. K., Merseburg. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß beim Austritt aus der Landeskirche die mündliche Erklärung nach Ablauf von 4 Wochen, aber vor Ablauf von 6 Wochen nach der schriftlichen Erklärung in Gegenwart eines Zeugen an Gerichtsstelle abzugeben ist. Sind seit der schriftlichen Erklärung 42 Tage verflossen, so ist die Sache verfallen, und die schriftliche Erklärung muß wiederholt werden, ebenso wird die mündliche Erklärung nicht angenommen, wenn seit der schriftlichen weniger als 28 Tage verflossen sind.

J. B., Halle. Der Wirt ist nicht verpflichtet, einen der Mieter zu nehmen. Nur wenn Sie durch irgend welche Umstände (Vermögensverluste, Tod von Familienmitgliedern usw.) gezwungen wären, das Lokal zuzugeben, dann müßte er einen nehmen, wenn er nichts Stichhaltiges gegen denselben einzuwenden hat.

Zehl. Wenn die Notiz gebracht werden soll, müssen Sie und die Frau einmal in der Redaktion vorsprechen.

Quittung.

Für die Ausgesperrten in Dänemark:
Bei Lauschke gesammelt 3 M. Schade.
Für Parteizwecke:
Teuchern. Vom Verein Klebegold —.85 M.

Litteratur.

In die Freiheit des Zuchthauskurses ist, wie wir schon gemeldet haben, Genosse Ed. Fuchs nach zehnmonatlichem Aufenthalte im Staatshotel zu Nürnberg wieder zurückgekehrt. In der uns vorliegenden, wieder wohlgelungenen Nummer des Süddeutschen Postillon begrüßt M. Engert den heimkehrenden Redakteur mit einem humorvollen, von außergewöhnlichem künstlerischen und technischen Können zeugendem Vollbilde. Auf dem Maßkrug des Postillon reitend, den kleinen rotmützigen Schelm im Nacken, entführt Fuchs dem Nürnberger Zellengefängnis, und der beflügelte Maßkrug trägt den Redakteur des beliebten Witzblattes blitzgeschwind der bayerischen Bier- und Residenzstadt zu. Aus dem Munde des Gefängniswärters schallt dem Enteilenden der ominöse Gruß nach: „Es giebt ein Wiedersehen!“ Na, hoffen wir, daß dieses Wiedersehen nicht zu bald stattfindet, und Gen. Fuchs mit seinen trefflichen Mitarbeitern über dem Zuchthauskurse wieder eine lange Weile die Peitsche der Satire knallen lassen kann, ehe die Nürnberger ihn wieder kriegen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 20. Juni.

Aufgeboten: Der Kaufmann Piep und Bertha Stollberg (Leipzig und Karlstraße 2). Der Schriftsetzer Deumig und Martha Dohnschwich (Friedrichstraße 56 und Beesenerstraße 27). Der Schuhmacher Gaeßer und Luise Becher (Große Brauhausstraße 23 und Hermannstraße 37). Der Maurer Wilcher und Bertha Röder (Schützenstraße 14 und Kaiserstraße 15). Der Bauschlosser Apel und Frida Frankenhäuser (Halle und Erfurt). Der Kaufmann Jahn und Ida Opel (Halle und Querfurt). Der Kaufmann Laube und Ella Rudolph (Halle und Hindenburg).

Eheschließungen: Der Eisenbahn-Praktikant Hüllemann und Klara Carlo (Südstraße 3 und Magdeburgerstraße 6). Der Geschirrfabrikant Beyer und Marie Wahnert (Lilienstraße 6). Der Maler Hindermann und Elisabeth Planert (Breitestraße 15 und Schützenstraße 18).

Geboren: Dem Bauunternehmer Lehmann ein S. (Großer Berlin 1). Dem Buchdrucker Döring eine T. (An der Schwemme 5). Dem Zimmermann Kochenhöfer eine T. (Bäckerstraße 6). Dem Baugewerksmeister Walther ein S. (Hedwigsstraße 3). Dem Arbeiter Lichtenberg ein S. (Gutbindungs-Institut). Dem Zigarrenhändler Spatzier eine T. (Erdmannstraße 18). Dem Buchhalter Nelle ein T. (Blücherstraße 75). Dem Geschirrfabrikant Wiegandt ein S. (Albrechtstraße 24). Dem Kondukteur Schumann ein S. (Ludwig Wucherer-Straße 34). Dem kgl. Eisenbahn-Sekretär Giesdorff ein S. (Forsterstraße 2). Dem Handelsmann Bohn eine T. (Steinberstraße 21).

Gestorben: Der Kaufmann Weiße, 57 J. (Schmeerstraße 4). Des Handarbeiters Gleinig T., 9 Mon. (Winterberg 4). Die Witwe Weinhage geb. Griese, 71 J. (Domstraße 1). Der Knecht Röder, 35 J. (Diakonissenhaus). Der Agent Hottner, 45 J. (Große Wall 10a 1). Des Arbeiter Hartig S., 4 J. (Glimt). Der Lehrer a. D. Mund, 77 J. (Marienstr. 5). Des Kürschner Starke S., 1 J. (Steinweg 36). Des Hilfsrangiermeister Altrock S., 6 Mon. (Krutenberg 14).

Sprechstunde der Redaktion mittags von ½12 bis 1½ Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Zu Kinderfesten

empfehle ich mein grosses Lager in Spielen für Kinder jeden Alters, Scheiben, Sterne, Adler, Ballfänger etc. Ferner als Prämien oder Gewinne Tausende nützlicher und prakt. Gegenstände in jeder gewünschten Preislage. Bei grösseren Einkäufen Engros-Preise.

C. F. Ritter, Halle S., Leipzigerstr. 90.

Sozialdemokratischer Verein

für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 22. Juni abends 8½ Uhr im Gasthof zu den drei Königen, Kleine Ulrichstraße 36,

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Die Zuchthausvorlage und der Deutsche Reichstag.
Referent: Redakteur Genosse Swienty.

Zörbig.

Protest gegen die Zuchthausvorlage!

Am **Sonntag den 25. Juni nachmittags 3½ Uhr** findet im **Hofe des Genossen Kuelius** eine

große öffentliche Volks-Versammlung

statt mit der Tagesordnung:
Die Zuchthausvorlage und die deutsche Arbeiterschaft.

Referent: Zigarrenfabrikant **Gustav Raute** aus Eilenburg.

Arbeiter von Zörbig und Umgegend, kommt alle in die Versammlung und beweist, daß Ihr einer so ungeheuer wichtigen Sache nicht gleichgiltig gegenübersteht. Legt durch zahlreiches Erscheinen Zeugnis davon ab, daß Ihr im Ernste gewillt seid, Eure Lebensstellung nicht noch weiter herabdrücken zu lassen. Erscheint also Mann für Mann in der Versammlung.

Der Einberufer.

Teuchern und Umgegend.

Sonntag den 25. Juni abends 8 Uhr

gr. öffentliche Protest-Versammlung

im Gasthof zum grünen Baum.

Tagesordnung: **Die Zuchthausvorlage.**

Entree 10 Pf.

Tüchtiger Referent, wahrscheinlich ein Reichstagsabgeordneter, zur Stelle. Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen **Der Einberufer.**

Achtung!

Bau- und Erdarbeiter von Halle und Umgegend.

Freitag den 23. Juni abends 8 Uhr in Faulmanns Lokal, Gartenstraße 7,

öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den auf den Kasernen-Neubauten gezahlten Löhnen. 2. Verschiedenes.
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungsverein Droyßig u. Umg.

Sonntag den 25. Juni nachm. 3 Uhr im Saale des Herrn Penndorf

Mitglieder-Versammlung.

Referent: Genosse **Weise** aus Weißenfels
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Plättbretter Gr. Märkerstr. 23 24. | Schiebekist. Gr. Märkerstr. 23/24.

Freitag
Schlachtefest.
Karl Block,
Jägerplatz Nr. 1.

Freitag
Schlachte-Fest.
J. Banse,
Advokatenstraße 9a.

Freitag
Schlachte-Fest.
F. Vetter,
Martinstraße 8.

Morgen Freitag fr. Wurst u. Bratwurst
F. Bermich, Zeitz, Mittelstr.

Morgen Freitag
Schlachte-Fest
bei **Richard Schmidt,**
Weißenfels a. S.

Achtung! Droyßig u. Umg.

Von Montag den 26. Juni cr. zahle ich zum Jahresschluß auf die bei mir entnommenen Kolonial- und Schnittwaren **5 Prozent Rabatt.**
Droyßig den 22. Juni 1899.
Franz Bruder.

Möbel.

Billigste Bezugsquelle!
A. Hille, Tischlermeister,
Halle a. S., Mittelstr. 1
Nähe Gr. Steinstr..

1 Vertikow	Nußbaum	48.—
1 Kleiderschrank	Nußbaum	48.—
1 Pfeilerspiegel		12.—
1 Stehtisch, poliert		12.—
1 Ausziehtisch mit Wachstuch		22.—
1 Stuhl, dauerhaft und poliert		4.—
1 Stuhl mit Rohrlehne		6.50
1 Bettstelle mit Matratze		30.—
1 Küchenschrank		24.—
1 Küchentisch mit Kasten		8.—
1 Sofa mit Phantasiestoff		36.—
1 Divan, 3teilig, mit Plüsch		72.—
1 Divan mit Plüsch u. Taschen		82.—

Garantie. — Transport frei Haus.

Tanz-Unterricht.

Eröffne Mittwoch den 28. Juni abends 8 Uhr einen Schnellkursus gegen mäßiges Honorar im Hotel Weißes Roß, Geiststr. 5. Gefl. Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung Dreyhauptstraße Nr. 2, am Markt. Ad. Fröde.
NB. Einzelunterricht zu jeder Zeit.

Selbstgearb. Polstermöbel.

Empfehle 3teilige Sofas v. 40 M. an,
Matratzen „ 17 M.,
Matratzen mit Bestellen „ 25 M. an.
M. Ströder, Thorstr. 12, I.

Großes wohlschmeckendes Brot

1. und 2. Sorte liefert die ehemal. **Wernersche Brot-Fabrik von H. Schuler,**
Giebichenstein, Burgstraße 65.

Bettstellen mit Matratzen billig zu verkaufen Lessingstraße 36.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (Halle).

Sonnabend den 24. Juni abends 8½ Uhr in der „Moritzburg“, Harz 51,

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Stichwahl. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Schmiede.

Allen Kollegen zur gefälligen Nachricht, daß wir unsere Herberge von Faulmanns Restaurant, Gartenstraße 7, nach dem

Englischen Hof, Gr. Berlin 14 (Pirschty)

verlegt haben.
Die erste Versammlung findet Sonnabend den 24. Juni abends 8½ Uhr daselbst statt. Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Freiheit.

Sonnabend den 24. Juni

Konzert und Ball

im Burgtheater zu Giebichenstein.

Anfang 8 Uhr. Gäste willkommen.
Programms sind bei Schiemann, Breitestraße, und bei den Mitgliedern zu haben. **Das Komitee.**

Apollo-Theater. Sommer-Variété. Direktion: Fr. Wiehle.

Täglich abends 8 Uhr im prachtvollen Garten
Grosses Konzert und Künstler-Vorstellung.
Donnerstag und Freitag:
Gastspiel von Mademoiselle Chiffinette.
Charakter-Soubrette aus Paris.

Kamillen kauft jede Quantität
Felix Sioli, Giebichenstein,
Gr. Brunnenstr. 2, neb. d. Amtshaus.

Geübte
Arbeiterinnen
auf
Kindermäntel u. Jacketts
erhalten dauernde und **lohnende Beschäftigung.**
Frauen und Mädchen,
welche das Arbeiten von Mänteln erlernen wollen, können sich melden bei
Gebr. Sernau,
Grosse Ulrichstrasse 54.

Möblierte Wohnung, sep. Eingang, Jakobstraße 16, II r.

Mehrere Kleidersekretäre billig zu verkaufen Lessingstraße 36.

Landwehrstraße 21 ist eine schöne freundliche Wohnung sofort zu verm. Preis 430 M.

Anst. Schlafstelle Kirchnerstr. 10, p. r.

Hohe Belohnung.
Gold. Damenuhr m. Doppelk. u. Medaillon mit weiß. Gürtel von Breitestr. bis Markt verl. Abzugeben Markt 21, 1 Tr.

Dank.

Allen denen, welche den Sarg unsres Entschlafenen mit Blumen und Kränzen schmückten, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen der Familie **Jacob** nebst Angehörigen.
Weißenfels den 22. Juni 1899.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990623-18/fragment/page=0004